

Die Institution verpflichtet sich, bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Interessen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen zu berücksichtigen und Strukturen und Prozesse so zu gestalten, dass sie zu einer tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Die kritische Hinterfragung geschlechtsspezifischer Rollenbilder nimmt sowohl in der Opfer- als auch in der Täterprävention eine zentrale Stellung ein. Die traditionellen Geschlechterrollen machen Mädchen einfacher zu Opfern und begünstigen bei Jungen die Täterwerdung. Das Aufzeigen beziehungsweise Vorleben alternativer Rollenmodelle sowie ein gleichberechtigter Umgang zwischen den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen haben daher eine wichtige Vorbildfunktion.

Bei gut gestalteten Entscheidungsprozessen ...

- ... übernehmen Führungskräfte Verantwortung für das Thema und initiieren die nötigen Veränderungsprozesse,
- ... werden möglichst viele Perspektiven und unterschiedliche Ressourcen einbezogen,
- ... können Mitarbeitende und Klientel ihre Erfahrungen und Meinungen angemessen einbringen und zu geplanten Neuerungen Stellung nehmen,
- ... werden Verunsicherungen und Widerstände ernst genommen und genügend zeitliche Ressourcen für den gegenseitigen Austausch zur Verfügung gestellt,
- ... werden die betroffenen Personen transparent über Entscheidungsprozesse informiert,
- ... werden Neuerungen sorgfältig eingeführt und erhalten die Mitarbeitenden bei der Umsetzung angemessene Unterstützung.

3.2.2. Beschwerdemanagement

Interne Anlaufstellen

Die Schaffung einer internen Anlaufstelle ist eine wichtige Massnahme, um sexueller Gewalt in einer Institution vorzubeugen. Indem in der Organisation Personen bestimmt werden, die für die Meldung und Abklärung konkreter Vorfälle zuständig sind, erhalten die Betroffenen und ihre Bezugspersonen die Möglichkeit, sich gegen sexuelle Grenzverletzungen zur Wehr zu setzen. Grundsätzlich gilt es darauf zu achten, dass zwischen den Personen, die Betroffene beraten, und Personen, die Beschwerden untersuchen, getrennt wird. Je nach Organisation kann auch auf bestehende Strukturen beziehungsweise Organe zurückgegriffen werden. Um Unklarheiten zu vermeiden, lohnt es sich, die Zuständigkeiten und Vorgehensweisen in einem Verfahrensreglement konkret festzulegen.³

³ vgl. Kap. 3.2.3., S. 75 ff.

› Ansprechperson

Die Benennung einer Ansprechperson im Falle von (sexuellen) Grenzüberschreitungen oder Gewalt hilft, die Schwelle für die Betroffenen zu senken und bewirkt, dass konkrete Vorfälle eher gemeldet werden. Eine erste Anlaufstelle ist aber nicht nur für Betroffene selbst wichtig, sondern auch für Mitarbeitende oder Angehörige, die eine Verdachtsituation melden möchten. Damit die eingesetzte Ansprechperson ihre Aufgabe wirkungsvoll ausüben kann, muss sie über die notwendige fachliche Qualifikation, angemessene Ressourcen und klar definierte Aufgaben und Kompetenzen verfügen. Zudem sollte sie eine gute Vertrauensbasis zur Klientel haben. In einem Schulhaus bietet sich beispielsweise die Schulsozialarbeiterin als mögliche Ansprechperson an.

› Beschwerdeinstanz

Die Abklärung von Beschwerden und der Entscheid über zu ergreifende Sanktions- oder Lösungsmassnahmen liegt im Verantwortungsbereich der Führungskräfte. Sie sind dafür zuständig, ein formelles Untersuchungsverfahren einzuleiten und die Fallführung sicherzustellen. Da es sich bei Fällen sexueller Gewalt um sehr komplexe und heikle Situationen handelt, die unter Umständen rechtliche Schritte zur Folge haben, müssen Beschlüsse über zu planende Massnahmen in der Organisation ausreichend abgestützt sein. Die Kompetenzen müssen klar geregelt und vorgesetzte Stellen wie ein Stiftungsrat oder eine Behörde gemäss Vereinbarung in die Entscheide einbezogen werden. Häufig gründen Organisationen zu diesem Zweck Beschwerdekommmissionen mit VertreterInnen aus der operativen und strategischen Führungsebene, die für die Abklärung und Beurteilung von Meldungen zuständig sind. Andere Einrichtungen verfügen über eine Ombudsstelle, die Beschwerden von Mitarbeitenden oder der Klientel entgegennimmt.

Die Abklärung von Beschwerden und der Entscheid über zu ergreifende Sanktions- oder Lösungsmassnahmen liegt im Verantwortungsbereich der Führungskräfte.

Die Ansprechperson hat die Aufgabe:

- › thematische Inputs für Personal und/oder Klientel zu initiieren beziehungsweise zu organisieren,
- › Meldungen von KlientInnen oder Mitarbeitenden entgegenzunehmen und sachdienliche Informationen aufzunehmen und zu dokumentieren,
- › Rat suchende Personen zu informieren, zu beraten und zu unterstützen,
- › die weiteren Schritte mit der Rat suchenden Person zu besprechen und einzuleiten (z. B. Meldung an Vorgesetzte oder Beschwerdekommmission zur Einleitung einer formellen Abklärung, Vermittlung einvernehmlicher Massnahmen zwischen den Parteien, Vermittlung einer Beratung durch externe Opferhilfestelle).

Die Beschwerdeinstanz hat die Aufgabe:

- › die Fallführung sicherzustellen,
- › die Situation formell abzuklären und weitere sachdienliche Informationen einzuholen,
- › falls nötig Sofortmassnahmen zum Schutz der (potenziellen) Opfer zu ergreifen,
- › angemessene Interventionen oder Sanktionen zu beschliessen und anzuordnen,
- › alle involvierten Personen angemessen über das beschlossene Vorgehen zu informieren,
- › die Umsetzung und Wirksamkeit durchgeführter Interventions- und Sanktionsmassnahmen zu überprüfen,
- › bei Bedarf das weitere Umfeld (z. B. Mitarbeitende, Eltern, Öffentlichkeit) über die Vorfälle und das geplante Vorgehen zu informieren, wobei der Persönlichkeitschutz der Beteiligten (Opfer und mutmassliche Täterschaft) gewahrt werden muss.

Externe Anlaufstellen

Bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch durch in der Institution tätige Professionelle sollte in jedem Fall eine externe und unabhängige Stelle einbezogen werden, um ein professionelles Vorgehen sicherzustellen.

Da interne Ansprechpersonen nicht für alle Vorfälle oder Betroffenen geeignet sind, müssen zusätzlich externe Anlaufstellen benannt werden, an die sich Opfer sexueller Gewalt direkt wenden können. Zudem besteht bei internen Beschwerdeverfahren die Gefahr von Interessens- und Loyalitätskonflikten, die eine korrekte Untersuchung erschweren. Insbesondere bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch durch in der Institution tätige Professionelle sollte in jedem Fall eine externe und unabhängige Stelle einbezogen werden, um ein professionelles Vorgehen sicherzustellen. Es ist zudem sorgfältig zu prüfen, ob für die Untersuchung der Anschuldigungen die zuständigen Strafuntersuchungsbehörden einzuschalten sind. Im Falle einer Strafanzeige dürfen vorgängig keine eigenen Ermittlungen durchgeführt und angeschuldigte Personen nicht mit dem Verdacht konfrontiert werden.⁴

› **Opferhilfestellen und Kinderschutzgruppen**

Es gibt mittlerweile in allen Kantonen der Schweiz anerkannte Opferhilfestellen, die Opfern sexueller Gewalt kostenlos Beratung und Begleitung anbieten. Auch Fachpersonen und Angehörige können sich von den Opferhilfestellen beraten lassen. Eine weitere Anlaufstelle für Fachpersonen sind interdisziplinär zusammengesetzte Kinderschutzgruppen, die anonyme Beratung bei der Beurteilung von Verdachtssituationen anbieten.⁵

⁴ vgl. das Kapitel «Gesetzliche Handlungsmöglichkeiten und -pflichten», S. 99 ff.
⁵ vgl. im Anhang «Weiterführende Literatur und Links»

› **Ermittlungs- und Strafuntersuchungsbehörden**

Für die Einleitung eines Strafverfahrens können sowohl die Polizei als auch die Untersuchungsbehörden (Staatsanwaltschaft) eingeschaltet werden. In verschiedenen Kantonen gibt es bei den Ermittlungs- und Untersuchungsbehörden spezialisierte Kinderschutzgruppen bzw. Abteilungen für Gewaltdelikte, die mit der Untersuchung von Missbrauchsfällen vertraut sind. Handelt es sich um jugendliche Täter (unter 18 Jahren), ist die Jugendanwaltschaft zuständig. Ein Strafverfahren entbindet die betroffene Organisation aber nicht davon, eigene Massnahmen zum Schutz der Betroffenen und zur Begleitung der involvierten Personen zu treffen. Den Opfern muss während des Verfahrens unbedingt eine geeignete Begleitperson zur Seite gestellt werden.⁶

3.2.3. Interventionsverfahren

Treffen Vorfälle sexueller Gewalt eine Organisation unvorbereitet, ist es äusserst schwierig, dem massiven Handlungsdruck standzuhalten. Häufig kommt es zu Überforderungen in der Bewältigung der ausgelösten Krisensituation. Institutionen, die über ein geregeltes Interventionsverfahren verfügen, sind der heiklen und komplexen Problemsituation eher gewachsen und können durch ein kompetentes Vorgehen weitere Folgeschäden verhindern. Klar festgelegte Abläufe und Zuständigkeiten helfen, dass Hinweise auf sexuelle Ausbeutung ernstgenommen und professionell abgeklärt werden. Die konsequente Untersuchung jeder Verdachtssituation ist unabdingbar für die Sicherstellung eines wirksamen Opferschutzes. Es ist aber nicht zuletzt auch der beste Weg, allfällige Falschanschuldigungen zu erkennen und zu entkräften.

Im Vordergrund aller Massnahmen steht immer der Schutz des Opfers. Das bedingt eine parteiiche Vorgehensweise, die dem Machtgefälle zwischen Täter und Opfer Rechnung trägt. Alle Beteiligten – Opfer und mutmassliche Täterschaft sowie eventuell Angehörige der Opfer – brauchen eigene fachliche Bezugspersonen, die sie während des Verfahrens und wenn nötig darüber hinaus begleiten. Interventionen müssen sorgfältig geplant werden und dürfen keinesfalls überstürzt erfolgen. Der Beizug einer spezialisierten Fachstelle ist in jedem Falle empfehlenswert, um eine kompetente Aussensicht und fachliche Begleitung bei der Planung und Umsetzung der notwendigen Interventionsschritte zu erhalten.

Im Folgenden wird ausschliesslich auf das Vorgehen bei Verdacht auf sexuelle Grenzüberschreitungen innerhalb der Einrichtung eingegangen. Es ist jedoch sinnvoll, wenn (sozial)pädagogische Organisationen auch für den Umgang mit Verdachtsfällen sexueller Ausbeutung in der Familie ein Interventionsverfahren festlegen.⁷

⁶ vgl. den Abschnitt «Anzeige von Straftaten», S. 110 ff.
⁷ vgl. Kommission für Kinderschutz des Kantons Zürich 2004 (4. Auflage)

Institutionen, die über ein geregeltes Interventionsverfahren verfügen, sind der heiklen und komplexen Problemsituation eher gewachsen und können durch ein kompetentes Vorgehen weitere Folgeschäden verhindern.